



# GÖTTINGER BLÄTTER

10.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Gesamtschulen – Endlich für Alle?!?

Es klingt eigentlich zu schön, um wahr zu sein: Zum Schuljahresbeginn 2015 soll es nach den gemeinsamen Plänen von Stadt und Landkreis Göttingen keine Haupt- und Realschulen mehr in Göttingen geben. Stadt und Altkreis Göttingen werden einen Schulbezirk bilden. Sämtliche Kinder, deren Eltern dies wünschen, können eine Gesamtschule besuchen.

Mit dem ausdrücklichen Segen des Landes werden Haupt- und Realschulen in Göttingen auslaufen. In der derzeitigen Voigt-Realschule in Weende wird dann eine neue vierzügige IGS errichtet.

Ab dem Jahre 2015 wird es also für die Eltern die Wahl geben, eines der Gymnasien oder eine der vier Gesamtschulen inkl. Bovenden zu besuchen. Eine Garantie für die Wunsch-Gesamtschule gibt es dabei nicht. Kinder aus der Südstadt können also in Bovenden landen. Auch für Göttinger Freunde des dreigliedrigen Schulsystems, deren Kinder nur an Haupt- und Realschulen dürfen, ist die Oberschule in Groß-Schneen vorgesehen. Dies ist wohl aber eher eine theoretische Möglichkeit, zumal Haupt- und Realschule kaum noch angewählt werden.

Aus Sicht der Göttinger Linken stellt dies natürlich eine positive Entwicklung dar, die man sich vor zehn Jahren hätte noch nicht vorstellen können. Allerdings ist es leider nicht ganz so einfach wie es zu sein scheint.

Im Oberbürgermeister-Wahlkampf hatte die Göttinger Linke die Standortwahl der neuen IGS kritisiert. Auch wenn einzelne Probleme (Konkurrenz zur IGS Bovenden, fehlende Zustimmung des Landes) durch die Zustimmung des Landes und die Kooperation mit dem Landkreis gelöst worden sind, bleibt als Hauptproblem, dass vier neue Gesamtschulklassen nicht ausreichen werden, um zweihundert fehlende Plätze abzudecken. Auch lässt sich nicht absehen wie sich außerhalb der Stadtgrenzen der Elternwunsch entwickeln wird. Zweckmäßig wäre eine siebenzügige IGS gewesen in Zentrumsnähe gewesen, die

man aber nur in den Räumen eines der Gymnasien hätte realisieren können. Aber an die Gymnasien trauen sich SPD und Grüne bekanntlich nicht ran.

Was passiert wenn kurz vor Schuljahresbeginn noch schnell Raum für neue Schulklassen geschaffen werden muss? Müssen dann der Chemieraum, der Werkraum oder das Lehrerzimmer dran glauben? Stellt man mal schnell ein paar Container auf?

Bei Ernstnehmen des Rechtsanspruchs auf einen Gesamtschulplatz müssen mehr Kapazitäten zu Lasten der Gymnasien geschaffen werden. Brauchen wir demnächst noch eine weitere Gesamtschule?

Außerhalb der Stadtgrenzen tut sich noch relativ wenig. Dafür droht ein Sterben von Schulstandorten. Die Rosdorfer Hauptschule ist seit 2013 geschlossen. Der Haupt- und Realschule in Adelebsen erwartet ein ähnliches Schicksal, nachdem dieses Jahr keine 5. Klasse mehr existiert.

Im Jahre 2012 scheiterte der Versuch, in Hann. Münden eine IGS einzurichten daran, dass sich nicht genügend Eltern für eine dortige IGS aussprachen. Das örtliche Gymnasium und der SPD-Landtagsabgeordnete Roland Schminke hatten hier heftigen Widerstand geleistet. Der Antrag der Kreistags-LINKEN zur Einrichtung einer IGS in Dransfeld wurde vor einem Jahr auf Eis gelegt, da SPD und Grüne bei grundsätzlichen Einverständnis, die immer noch geltenden Quoren bei einer Elternbefragung für nicht erreichbar hielten.

Dass es aber zur einer Änderung des Schulgesetzes mit einem Wegfall dieser Quoren kommen wird, ist erklärter Wille der Mehrheitsfraktionen im Landtag und steht unmittelbar bevor. Da gerade auch für Dransfelder Eltern der Schulstandort Göttingen sehr attraktiv ist, müsste der Landkreis schnellstens mit der Einrichtung von Gesamtschulen nachziehen, auch um ein weiteres Sterben von Schulstandorten zu verhindern. Zweckmäßig wäre dabei, sowohl in Hann. Münden als auch in Dransfeld Gesamtschulen einzurichten. *ef*

### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Gesamtschulen	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
DIE LINKE. Europabüro	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
VVN: Gauck in Göttingen	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Wohnungsnot in Göttingen	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2014  
ist der 17. Oktober.  
Auslieferung am 23. Oktober.

In eigener Sache:

### Einlagen in die Göttinger Blätter:

Die HerausgeberInnen der Göttinger Blätter bedauern die Einlage des Briefes dreier Mitglieder der Partei DIE LINKE. in die September-Ausgabe der Göttinger Blätter, da es sich nicht – wie zuvor angekündigt – um eine Stellungnahme eines gewählten Gremiums gehandelt hat.

Seit der Existenz der Göttinger Blätter im Jahr 1991 wurden vielfach Veranstaltungsankündigungen sowohl der HerausgeberInnen als auch befreundeter Organisationen und von Bündnissen, die sich an alle LeserInnen der Göttinger Blätter gerichtet haben, eingelegt. Und dies soll – in Absprache mit den Versender\_innen – auch weiterhin geschehen.

Die Herausgeber\_innen lehnen es ab, dass Einzelpersonen in der Beilage der gemeinsamen Zeitung parteiinterne Konflikte und Intrigen austragen und andere Gruppen für diese Konflikte vereinnahmt werden sollen. Das greift die Basis der bisherigen Kooperation an.

Um in Zukunft ähnliche Vorfälle ausschließen zu können, müssen Einlagen spätestens bei Redaktionsschluss vorliegen. Im Zweifelsfall können die Herausgeber\_innen die Versendung der Einlage ablehnen.

Die Verantwortlichen von DKP, FG, Göttinger Linke, GRAL, Partei DIE LINKE, VVN/BdA



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

### ► Der Sommer der Partisanen

**Eine Erinnerung an den bewaffneten Kampf gegen die deutschen Okkupanten**

von Ulrich Schneider

Die sich deutlich abzeichnende militärische Niederlage des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten, die nicht nur im Vormarsch der anglo-amerikanischen Truppen in Italien und durch die Eröffnung der Zweiten Front mit der Invasion in der Normandie im Juni 1944 sichtbar wurde, sondern insbesondere auch im Vormarsch der sowjetischen Truppen an der Ostfront, führte im Sommer 1944 zu einem enormen Aufschwung der Partisanentätigkeit in den verschiedenen vom Faschismus okkupierten Ländern. Die Besatzungsmächte, die Wehrmacht, die SS oder Einsatzgruppen reagierten auf diese Zunahme mit verschärftem Terror, der sich in den berühmten Massakern von Oradour in Frankreich, von Distomo in Griechenland oder St'Anna in Italien zeigte. Und diese drei Orte stehen nur exemplarisch für zahllose Verbrechen an der Zivilbevölkerung in den besetzten Ländern. Doch trotz oder gerade wegen des brutalen

Vorgehens wurde der Partisanenkampf zu einer Massenbewegung, die in koordinierter militärischer Aktion begann, die Okkupanten anzugreifen. Im August 1944 spielten sich in diesem Rahmen drei herausragende Ereignisse ab. Am 1. August 1944 begann in Polen unter der Leitung der Armia Krajowa (AK = Heimarmee) die Erhebung in Warschau. Militärisch gesehen war der Zeitpunkt recht ungünstig, da sich die Truppen der sowjetischen Armee noch deutlich auf der östlichen Weichsel-Seite befanden. Als die Kämpfer der AK losschlügen, befanden sich die vorgerückten Spitzen der Roten Armee in ihrer Arrondierungsphase, d.h. sie warteten darauf, dass das Hauptkontingent der Einheit sich wieder mit ihnen vereinigen konnte. Diese Zeit des Stillstandes

nutzten die faschistischen Einheiten, einen militärischen Gürtel aus starken SS-Einheiten zwischen die aufständischen Kräfte in der Stadt und die Truppen der Roten Armee zu legen. Der Widerstand der AK gegen die militärische Übermacht der deutschen Einheiten war heroisch, letztlich jedoch nicht erfolgreich. Am 3. Oktober 1944 mussten die Einheiten der AK kapitulieren. Die Bilanz war erschreckend: Mindestens 15.000 Kämpfer der



AK kamen ums Leben. Durch Granatenbeschuss, Bombardierung und Strafkaktionen der deutschen Truppen nach der Kapitulation wurden über 100.000 Zivilisten ermordet, die Stadt selbst fast vollständig zerstört. Bekanntlich begann die AK den Aufstand, ohne sich mit der sowjetischen Seite abzusprechen. Ziel der Kämpfer der AK war es, die Stadt Warschau vor den heranrückenden Einheiten der Roten Armee zu übernehmen und daraus einen Machtanspruch für die zukünftige Gestaltung Polens abzuleiten. Da sie scheiterten, erlebte das Land bis Ende der 40er Jahre massive innenpolitische Kämpfe, die bis in die heutige Zeit zu ideologischen Auseinandersetzungen führen. Während in Warschau gekämpft wurde, folgte Mitte August 1944 der

Aufstand in Paris. Auch hier waren die Rahmenbedingungen vom Vormarsch der militärischen Einheiten der Alliierten bestimmt. Vor den Kämpfen organisierte die französische Résistance einen Generalstreik, der die Versorgung – auch der Okkupationskräfte – massiv beeinflusste. Am 19. August begannen die Kämpfer mit dem offenen Aufstand. Da die Hauptkräfte der faschistischen Truppen die Stadt bereits verlassen hatten, konnten kleinere Einheiten der Résistance durch Barrikaden, durch Angriffe auf Einrichtungen der Besatzer und durch Sabotage an Militärfahrzeugen und Transportinfrastruktur erfolgreich die Handlungsfähigkeit der deutschen Truppen behindern. Sie hatten

den nach Paris vorstoßenden alliierten Verbänden nichts mehr entgegenzusetzen. Der Widerstand – an dem sich auch deutsche Antifaschisten in den Reihen der Résistance beteiligten – überzeugte den Stadtkommandanten Dietrich von Cholditz, Paris am 25. August 1944 den Truppen des »Freien Frankreichs« unter Jaques Philippe Leclerc, einem kommunistischen Résistance-Kämpfer, kampfflos zu übergeben. Der Einzug der weiteren alliierten Verbände in Paris gestaltete sich in den folgenden Tagen unter dem Jubel der Bevöl-

kerung zu einem wahren Triumphzug. Die Erinnerung an dieses Datum wird alljährlich unter großer Anteilnahme zelebriert. Vier Tage nach der Befreiung von Paris begann wiederum im südöstlichen Frontabschnitt ein weiterer Versuch, die eigene Heimat von der faschistischen Besatzungsmacht zu befreien, der Slowakische Nationalaufstand (SNP). Die Taten der Partisanen sind tief im kollektiven Gedächtnis der Völker verankert als nationaler Beitrag zur Befreiung der eigenen Heimat vom Faschismus. Dass dies – wie das Beispiel des Warschauer Aufstandes zeigt – auch in Abgrenzung zur Hauptmacht der Anti-Hitler-Koalition geschehen konnte, schmälert nicht deren Bedeutung aus der Perspektive des europäischen Widerstandskampfes.

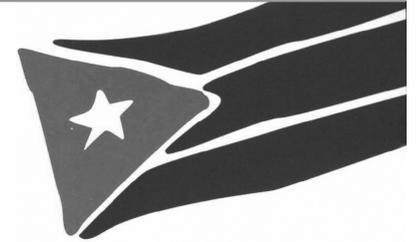
## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlungen

**Am Dienstag, den 21. Oktober 2014**

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## ▶ WHO würdigt sofortige Antwort Kubas auf Aufruf zum Kampf gegen Ebola-Epidemie

GENF — Der kubanische Minister für Gesundheitswesen, Roberto Morales Ojeda, hatte zu Beginn seines Aufenthaltes in dieser Stadt eine Arbeitssitzung mit der Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Margaret Chan, die der Bereiterklärung Kubas zum Aufruf der Vereinten Nationen im Kampf gegen die Ebola-Epidemie galt. Während des Treffens mit Chan dankte Morales Ojeda der Generaldirektorin für die an sein Land gerichtete Einladung, sich an den weltweiten Anstrengungen zu beteiligen, um diese in vier Nationen Westafrikas ausgebrochene Krankheit zu stoppen. Die sofortige Bereitschaftserklärung Havannas nach dem Aufruf des UNO-Generalsekretärs Ban Ki-moon wurde von der Generalsekretärin hervorgehoben. Sie rief dazu auf, von der kubanischen Erfahrung in der Behandlung von Notfällen zu lernen und dankte Präsident Raúl Castro dafür, dass

Kuba das erste Land ist, das dem internationalen Aufruf folgt. Sie wies desweiteren darauf hin, dass sich die Karibiknation nicht nur der Gesundheit ihres Volkes, sondern auch der anderer Teile der Welt verpflichtet fühlt und erinnerte an ihren kürzlichen Besuch in Kuba, wo sie wissenschaftliche Einrichtungen besucht und gemeinsam mit dem kubanischen Präsidenten die neuen Stätten des Zentrums für die Staatliche Medikamentenkontrolle und des Koordinationszentrums für klinische Studien eingeweiht hatte. Morales Ojeda erläuterte, dass die medizinische Zusammenarbeit Kubas vor 55 Jahren mit Beginn der Revolution begonnen hatte und dass gegenwärtig über 50.000 Fachkräfte der Branche in 66 Ländern, darunter 32 afrikanischen, arbeiten. „Aufgrund der Geschichte der Zusammenarbeit unseres Landes und insbesondere auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurden wir gebeten, zu den Ländern zu ge-

hören, die von Anfang an dem dringenden Hilferuf Afrikas folgen, wo bisher etwa 4.000 Fälle und über 2.000 Todesopfer erfasst worden sind“, führte er aus.

**Nach dem Arbeitstreffen besichtigten der kubanische Minister und Dr. Bruce Aylward, beigeordneter WHO-Generaldirektor für Polio, Notfälle und Länderzusammenarbeit bei der WHO, gemeinsam das geschaffene Notfallzentrum zur ständigen Verfolgung der in Westafrika ausgebrochenen Epidemie hämorrhagischen Fiebers.**

Aylward lobte die Solidarität Havannas mit anderen Ländern der Welt auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung, während er feststellte, dass die gegenwärtige Situation in erster Hinsicht mehr Gesundheitspersonal erfordert, mehr als Ressourcen oder materielle Unterstützung. Der Minister und die ihn begleitende Delegation werden am heutigen Freitag ein weiteres Arbeitstreffen mit der Generaldirektorin der WHO abhalten. Nach Beendigung der wichtigen Arbeitstreffen der Fachkräfte Kubas und der WHO wird der Minister auf einer Pressekonferenz eine Ansprache halten. (PL)

## ▶ Solidarität mit den »Cuban Five«

**Aktionen in mehreren Städten. Sofortige Freilassung der seit 1998 in den USA Inhaftierten gefordert**

In mehreren deutschen Städten versammelten sich am Freitag und Sonnabend Menschen, um auf das Schicksal der »Cuban Five« aufmerksam zu machen. Die unter dieser Bezeichnung weltweit bekannt gewordenen kubanischen Aufklärer Fernando González, Antonio Guerrero, Ramón Labañino, René González und Gerardo Hernández waren am 12. September 1998 von der US-Bundespolizei in Miami festgenommen und anschließend wegen »Verschwörung« und »Spionage« zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die Kundschafter hatten exilkubanische Terrororganisationen in Mia-

mi unterwandert, um weitere Anschläge auf Kuba zu verhindern (siehe jW vom 12.9.). Bis zum Jahr 1999 hatte der sozialistische Inselstaat insgesamt 3478 Tote und 2099 Verletzte aufgrund von Terroranschlägen antikommunistischer Organisationen zu beklagen.

Während René González und Fernando González im Mai 2013 bzw. Februar 2014 freigelassen wurden, weil sie die über sie verhängte Strafe verbüßt hatten, sind ihre Genossen noch immer im Gefängnis. In Berlin, Chemnitz und Düsseldorf versammelten sich daher Mitglieder von Solidaritätsgrup-

pen, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, der DKP und der Linkspartei und forderten ihre umgehende Entlassung.

Vor dem US-Generalkonsulat in Düsseldorf boten sich verschiedene Protestierende an, die Haftstrafen anstelle ihrer kubanischen Genossen abzusetzen. Andere Demonstranten forderten Generalkonsul Stephen A. Hübler auf, sich einem Gespräch mit ihnen zu stellen – vergeblich. Die Linke-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen solidarisierte sich in einem Grußwort mit den »Miami Five« und forderte US-Präsident Barack Obama darin auf, die drei »Freiheitskämpfer« zu begnadigen. Die Bitte falle ihr nicht leicht, betonte sie, denn dies würde »voraussetzen, daß sich unsere Freunde eines Verbrechens schuldig gemacht hätten«.

# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## ► Herbstprogramm der Marx-Engels-Stiftung:

### Schnäppchen DDR – Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas

**Samstag, 27.09., 11 – 17 Uhr**, Berlin Ladengalerie der „jungen Welt“, Torstr. 6  
*in Zusammenarbeit mit „junge Welt“*

### Zum Konflikt in der und um die Ukraine

**Samstag, 11.10., 10 – 17 Uhr** (Einlass: 9.30 Uhr), Frankfurt am Main, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Str. 2  
*in Zusammenarbeit mit der DKP Frankfurt/M*

### Die I. und die II. Internationale – Erfahrungen und Lehren

**Samstag, 18.10., 11 Uhr**, Berlin-Lichtenberg, Begegnungstätte Undine, Hagenstr. 57  
*in Zusammenarbeit mit dem Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung bei der Partei Die Linke*

### Kapitalismuskritik in Anschluss an Erich Fromm

**Samstag, 25.10., 11 – 17 Uhr**, Wuppertal, Alte Feuerwache, Gathe 6  
*in Zusammenarbeit mit der Internationalen Erich Fromm Gesellschaft*

### Krise der Kunst und marxistischer Kunstbegriff

Seminar mit Thomas Metscher  
**Samstag, 08.11., 11 – 17 Uhr**, Wuppertal, Marx-Engels-Zentrum, Gathe 55  
*in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission der DKP*

### 100 Jahre Erster Weltkrieg: Die Großregion Saar-Lor-Lux nach dem Schlachtenlärm

**Samstag, 15.11., 10 - 17 Uhr**, Saarbrücken, Stadtgalerie, St. Johanner Markt  
*in Zusammenarbeit mit der Peter-Imandt-Gesellschaft*

### Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus?

**Samstag, 22.11., 11 – 17 Uhr**, Berlin-Charlottenburg, Marx-Engels-Zentrum, Spielhagenstr. 13  
*in Zusammenarbeit mit dem MEZ Berlin*

### Albert Norden – Kämpfer gegen Faschismus und Krieg

**Samstag, 29.11.**, Uhrzeit noch offen, Wuppertal, Begegnungsstätte Alte Synagoge, Genügsamkeitstraße  
*in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA Wuppertal*

### 21. Friedenspolitischer Ratschlag

**Samstag/Sonntag 06./07.12.**, Kassel, Universität

### Öffentliche Jahresmitgliederversammlung der Marx-Engels-Stiftung

**Samstag, 24. Januar 2015, 10 – 17.30 Uhr**, Wuppertal, Alte Feuerwache (Saal „Gathedrale“), Gathe 6

### Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

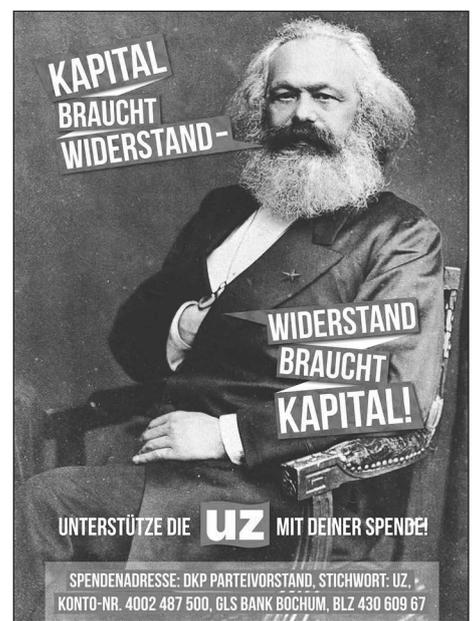
**Dienstag, 30. September, 20.00 Uhr**  
Der neue Irak-Krieg – ISIS und deutsche Waffenlieferungen...?

**Dienstag, 14. Oktober, 20.00 Uhr**  
Drei Quellen des Marxismus – Fortsetzung der Diskussion vom 02. September

**Dienstag, 28. Oktober, 20.00 Uhr**  
Neuaufstellung der DKP-KO Göttingen – Fortsetzung der Diskussion vom 16.09.14.



### Herbstprogramm 2014



Weltfriedenstag 2014:

## ▶ Kein Zündeln hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges!

Von Sabine Lösing

**Im Sommer 1914 brach der 1. Weltkrieg aus. Auch dieser Sommer, hundert Jahre später, war durch zahlreiche Kriege und Konflikte geprägt. Vom Irak über Libyen und Syrien: Überall hat die westliche Interventionspolitik verbrannte Erde hinterlassen. Doch trotz dieser erschütternden Bilanz fordern große Teile der deutschen Eliten, darunter Bundespräsident Joachim Gauck, die Welt benötige mehr (deutsche) Kriege. Angesichts dieser Ignoranz fühlt man sich an den berühmten Ausspruch Albert Einsteins erinnert: „Verrückt ist es, wenn man immer das Gleiche tut, aber andere Ergebnisse erwartet.“**

### Irak/Syrien: Keine Waffenlieferungen!

Eine solche „verrückte“ Politik sind die gegenwärtigen US-Luftschläge im Irak und - mit Einwilligung des Assad-Regimes - in Syrien, die den Vormarsch der Gruppe des Islamischen Staates (IS) stoppen soll. Dabei ist der Durchmarsch des IS die Folge des Irakkrieges und des anschließenden und andauernden Bürgerkriegs im Irak, der Bewaffnung der IS u.a. durch die USA gegen das Assad-Regime in Syrien aber auch der unter US-Besatzung erfolgten flächendeckenden Entlassung sunnitisch/bathistischer Mitglieder in Armee und Verwaltung. Des Weiteren hat der langjährige irakische Ministerpräsident Maliki seit Jahren – mit aktiver Unterstützung der USA - die Spaltung seines Landes durch eine einseitige, sektiererische, die Schiiten privilegierende Politik vorangetrieben.

Die Bundesregierung bereitet nun Waffenlieferungen an Kurden im Nordirak und die Irakische Regierung vor. Dies wird mit den schweren Menschenrechtsverletzungen des IS begründet. Tausende Menschen darunter viele Jesiden sind auf einer dramatischen Flucht vor den Kämpfern des IS. Doch ginge es der Bundesregierung wirklich vordergründig um Menschenrechte und Menschenleben würde sie schnelle humanitäre Nothilfe leisten und den Verfolgten und Kriegsflüchtlingen

Asyl gewähren. Stattdessen werden sechs Bundeswehrsoldaten in den Irak entsandt, um die Rüstungslieferungen abzuwickeln. Dabei mangelt es im Irak nicht an Waffen: Mittlerweile sind die von den USA an die Irakische Regierung gelieferten Waffen in die Hände der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) gelangt. Waffen die diese vor wenigen Wochen dem IS abgenommen hatten, die diese Waffen wiederum bei Mossul von der irakischen Armee eroberten. Das zeigt: Es gibt keine „sicheren“, Waffenlieferungen, Waffen bleiben niemals in einer Hand und sind, einmal in ein Krisengebiet geliefert - egal wohin - immer unkontrollierbar und lösen niemals Konflikte!

### Israel-Palästina:

#### Eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung

Zwei weitere Konflikte sind besonders im öffentlichen Fokus: Einmal der extrem polarisierende Nahost-Konflikt, der durch die jüngste israelische Offensive, der zahlreiche Zivilisten zum Opfer gefallen sind, noch einmal an Schärfe zugenommen hat. Jeder Angriff auf die Zivilbevölkerung, egal von welcher Seite, ist zu verurteilen. Eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung ist der einzige Ausweg aus diesem Konflikt.

Dazu sage ich deutlich: Einzelne jüdische Menschen für das Verhalten des israelischen Staates in Geiselhaft zu nehmen, halte ich für ebenso inakzeptabel, wie antisemitische Äußerungen, wie sie teilweise auf Demonstrationen zu hören waren. Hochproblematisch ist auch die Tendenz, jede Kritik an der aktuellen israelischen Politik mit Antisemitismus gleichzusetzen.

### Ukraine-Krise: Kein weiteres Öl ins Feuer!

Der zweite Konflikt birgt sogar noch mehr Sprengkraft: 25 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation droht ein neuer „Kalter Krieg“, zwischen dem Westen und Russland. Für Politik und Medien hierzulande ist der Schuldige schnell ausgemacht: Russland.

## Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
tel 05 51- 507 66 823  
fax 05 51- 507 66 838  
europabuero-loesing@web.de  
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer  
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

Dabei war es der Westen, der sein Militärbündnis NATO seit Jahren entgegen gemachter Versprechen näher an die russische Grenze verschob. Es war der Westen, der die Proteste gegen den legal gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch massiv unterstützte. Der Grund dafür war, dass Janukowitsch nicht bereit war, ein Assoziationsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, das das Land fest in die westliche Einflusssphäre integriert hätte.

Bei den daraufhin einsetzenden Protesten wurde nicht davor zurückgeschreckt, mit rechtsradikalen Kräften gemeinsame Sache zu machen. Das ging so weit, dass der EU-Botschafter in der Ukraine die antisemitische, rechtsradikale Swoboda-Partei als „gleichwertigen Verhandlungspartner“, bezeichnete. Nachdem Janukowitsch weggeputscht wurde, schlug die neue Übergangsregierung unter Beteiligung rechtsradikaler Kräfte einen pro-EU-Kurs ein. Das EU-Assoziationsabkommen wurde dann vom neuen Präsidenten Petro Poroschenko am 27. Juni 2014 unterzeichnet.

Gleichzeitig gingen rechtsradikale Kräfte immer gewaltsamer gegen russischsprachige Ukrainer vor. Alleine bei den schrecklichen Ereignissen in Odessa starben 46 Menschen, als Rechtsradikale ein Gewerkschaftshaus in Brand setzten. Die Menschen in der Ost-Ukraine, vor allem in den Regionen Doneszk und Lugansk, fürchten um Leib und Leben. Darin liegt der wichtigste Grund für den dortigen Aufstand gegen die neuen Machthaber.

Natürlich ist auch Russland nicht unerschuldigt am Konflikt – ebenso wenig ist es aber der Westen, im Gegenteil. Doch von einer differenzierten Analyse will man hierzulande nichts wissen. Dabei tut sie not: Es muss endlich aufgehört werden, weiter Öl ins Feuer zu gießen. Ansonsten droht Europa hundert Jahre nach dem Beginn des ersten Weltkrieges erneut in Flammen aufzugehen.

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

Die nächste Kreismitgliederversammlung wird **voraussichtlich am Montag, 17. November**, um 19 Uhr stattfinden. Eine weitere KMV ist dann für Mitte Dezember vorgesehen.

## Roter Salon

Die Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe „Roter Salon“ findet voraussichtlich am **Montag, 3. November, um 19 Uhr** statt. Thema, Referent und der Veranstaltungsort werden in den nächsten Göttinger Blättern, per Rundmail und auf der Homepage bekannt gegeben. (Siehe auch Seite 11)

## Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Montag, 06. Oktober, 19 Uhr** im Roten Zentrum  
Schwerpunktthema: ökologischer Sozialismus (mit Eckhard Fascher)

### OV Hann. Münden

Termin auf Homepage oder bei Kirsten und Olaf Klein erfragen. (vgl. Adressenspalte).

### OV Dransfeld

Termin bitte bei Uli Maschke erfragen (vgl. Adressenspalte).

### OV Rosdorf

Termine bitte bei Azad Onal erfragen, Tel. 0172-5661546

### OV Bovenden

Termin bei Oliver Preuß erfragen

## Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

## Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise. (vgl. Adressenspalte).

## Treffen des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

**Mittwoch, 8. Oktober, 18.30 Uhr** im Rotes Zentrum  
Themen: Jahresendplanung 2014 und Jahresplanung 2015



## Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: (0551) 49 56 66 80  
[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,  
Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de).

## Linksjugend [;solid]: [solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,  
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,  
E-Mail: [hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546  
[rosdorf@die-linke-goettingen.de](mailto:rosdorf@die-linke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,  
[bovenden@die-linke-goettingen.de](mailto:bovenden@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
E-Mail: [dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Arbeitsgruppen:

**AG Sozialpolitik:** Patrick Humke,  
Tel. 05 51-5 31 15 63,  
[patrick.humke@dielinke-goettingen.de](mailto:patrick.humke@dielinke-goettingen.de)

**Ökologische Plattform:**  
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de](mailto:eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de)

**AG Betrieb & Gewerkschaft**  
Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-gb@die-linke-goettingen.de)

**AG Netzpolitik**  
[ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,  
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457  
oder 0551-40137061  
E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800  
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

**Editorial:** Für die kommende Ratssitzung am 26.09. haben wir zwei Anträge gestellt: ‚Geschwisterermäßigung‘ (dazu mehr im nächsten Ratsinfo) und für eine ‚Kragenbärskulptur auf dem Robert-Gernhardt-Platz‘. Nachdem Torsten Wucherpfennig für Gerd Nier in die GöLi-Ratsfraktion nachgerückt ist, wurden die Aufgabengebiete neu verteilt.

Fraktion Göttinger Linke  
Neues Rathaus, Zi. 196  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
tel 05 51-4 00 24 99  
fax 05 51-4 00 20 79  
goelinke-fraktion@goettingen.de  
www.die-linke-goettingen.de

### **Antrag zur Ratssitzung am 26.09.2014 (TOP 10) Kragenbär-Skulptur für den Robert-Gernhardt-Platz**

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend wieder in Verhandlung mit den möglichen Sponsoren für die Kragenbär-Skulptur zu treten. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für das Sammeln privater Spenden zu entwickeln und alle notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Kragenbär baldmöglichst auf dem Robert-Gernhardt-Platz aufgestellt werden kann.

Begründung:

Laut Frau Dr. Schlapeit-Beck waren „Die Rückmeldungen vom 24.9.2013 ... nach einem ausführlichen Diskussionsprozess uneinheitlich und eine Mehrheitsentscheidung schien nicht gesichert.“ Dies ist unserer Ansicht nach kein Grund, den Vorschlag, ohne ihn im Rat und in der Öffentlichkeit diskutiert zu haben, ‚vom Tisch zu fegen‘. Wenn wir demnächst nur noch Anträge im Rat diskutieren, deren Mehrheitsfähigkeit im Vorfeld gesichert erscheinen, könnte die Verwaltung auch alles ohne den Rat regeln.

Darüber hinaus wäre der Kragenbär eine Bereicherung für die kulturelle Vielfalt unserer toleranten, weltoffenen und mit einer kulturell interessierten Bürgerschaft gesegneten Stadt.

Die Entscheidung, ob Kunst nun schön, obszön oder zu verstehen ist, obliegt nicht dem Stadtrat, dies wurde eindrücklich mitgeteilt, als es um das Denkmal für die Göttinger Sieben ging. Der Rat hat lediglich über die Annahme einer Zuwendung zu entscheiden.

Der Presse ist in den vergangenen Tagen zu entnehmen, dass nicht nur Göttingerinnen und Göttinger ein großes Interesse an Gernhardts Kragenbär haben, sondern sich inzwischen weitere Städte für die Skulptur interessieren.

Der Rat der Stadt Göttingen sollte in diesem Falle nicht über eine scheinbare Obszönität beraten, sondern seiner ureigenen Aufgabe nachkommen und den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger realisieren.

Damit unterstützt die Göttinger LINKE. Ratsfraktion die Position des künftigen Oberbürgermeisters Köhler für die Skulptur.

*Von diesem Antrag wurde die Verwaltung bereits am 20.08. in Kenntnis gesetzt. Nichts desto trotz stellt die Verwaltung nun im Kulturausschuss am 18.09. ihrerseits einen Antrag gleichen Inhalts. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Verwaltung unseren, längst eingereichten, Antrag als Vorlage für dieses ‚Plagiat‘ genutzt hat, um so das große öffentliche Interesse, das dem Bären während der Sommerpause zuteilwurde, als eigenen Verdienst verbuchen zu können. Denn den eigentlichen Anstoß dazu haben wir geliefert und als der Kragenbär das erste Mal im Kulturausschuss zur Sprache kam, war Frau Dr. Schlapeit-Beck alles andere als begeistert von der Idee.*

### **Ausschussverteilung der Göttinger LINKE. Ratsfraktion**

**Ratsherr Patrick Humke:** Fraktionsvorsitzender; Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke; Ausschuss für Soziales und Gesundheit; Schulausschuss; Unterausschuss Weststadt; Sparkassenzweckverband

**Ratsherr Civar Akad:** stellvertretender Fraktionsvorsitzender; Ausschuss für Kultur und Wissenschaft/Betriebsausschuss Stadthalle; Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz; Personalausschuss; Aufsichtsrat der Göttinger Verkehrsbetriebe GmbH

**Ratsherr Torsten Wucherpfennig:** Verwaltungsausschuss; Ausschuss für allg. Angelegenheiten, Integration und Gleichstellung; Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr; Sportausschuss; Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung mbH (GWG); Aufsichtsrat der Göttinger Sport und Freizeit GmbH & Co. KG

**Fraktionssitzungen:** finden ab sofort immer mittwochs um 17.30 im Fraktionsbüro (Zimmer 196) im ersten Stock des Neuen Rathauses statt.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ► Droht ein Ausverkauf der Harz-Wasserwerke?

In der Sitzung des Kommunalpolitischen Arbeitskreises am 17. September war Dr. Gerd Rappenecker von den Stadtwerken Göttingen zu Gast. Thema seines Referats und der anschließenden Diskussion war die Frage, wie akut die Gefahr des Ausverkaufs der Harz-Wasserwerke einzuschätzen ist und wie dieser gegebenenfalls zu begegnen ist.

Zum Hintergrund: Im Zuge der Privatisierung der Harz-Wasserwerke durch die Landesregierung Schröder 1996 wurden diese an ein Konsortium aus Kunden und Energieversorgern verkauft. Nun haben ab Februar 2014 sukzessive sieben der elf Vertragspartner, konkret die Stadtwerke von Hamburg, Hannover, Bremen und Braunschweig sowie drei E.on-Töchter, den Konsortialvertrag gekündigt. Übrig geblieben sind lediglich die Stadtwerke der Harz-Gemeinden, von Wolfsburg, Hildesheim und Göttingen. Damit stünden theoretisch etwa 63 % der Harz-Wasserwerke ab Februar 2015 zum freien Verkauf.

Beweggrund für die Vertragskündigungen mag die sich aus dem Wassergeschäft ergebende geringe Rendite sein, die im Fall der Harz-Wasserwerke noch dadurch geschmälert wird, dass das Schröder-Regime beim Verkauf den Konsortialvertragspartnern – de facto also den klammen Kommunen – gleich noch Betrieb und Unterhalt des Oberharzer Wasserregals mit aufs Auge gedrückt hat.

Diese Situation, dass knapp 2/3 der Anteile am größten Wasseranbieter Niedersachsens und Versorgers mehrerer Großstädte in die Hände irgendwelcher „Investoren“ fallen könnten, klingt äußerst bedrohlich, wird aber dennoch als weitaus weniger konfliktiv betrachtet als etwa diejenige, die sich im Energiesektor aus dem Göttinger E.on-Rückkauf ergeben hat. Zunächst bedeutet die – auch juristisch noch nicht geklärte – Vertragskündigung von sieben Anteilseignern noch nicht automatisch, dass diese ihre Anteile auch tatsächlich verkaufen werden. Weiter dürften sich für Glücksritter attraktivere Anlagemöglichkeiten finden als solche mit einer Rendite von über den Daumen 3 %. Politischer Druck auf die Landesregierung in der Richtung, dass sich diese an den Unterhaltskosten des Oberharzer Wasserregals – immerhin Weltkulturerbe – zu beteiligen habe, ist denkbar; ebenso eine Beteiligung der Harzvorlandgemeinden, die aufgrund der Regulierung der Harz-Gewässer durch die Harz-Wasserwerke auf eigenen Hochwasserschutz verzichten können – anderenorts, wie z.B. in Göttingen, gehört dies zu den selbstverständlichen kommunalen Posten. Für uns als Linke blieben als Ultima ratio immer noch eigene Mobilisierungsmaßnahmen, die auf Wassertische o.ä. in einer ganzen Reihe nordwestdeutscher Großstädte zielen könnten. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob dies notwendig sein wird. (pest)

### Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

**SprecherInnenkreis:**

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,  
Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,  
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke**

im Rat der Stadt Göttingen  
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 05 51-4 00 24 99  
Fax 05 51-400 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiterin:**

Doreen Wohlrab

**Öffnungszeiten des Büros:**

Dienstag, 09-13 Uhr  
Mittwoch, 13-16.30 Uhr  
Donnerstag, 09-17 Uhr

**Fraktionssitzung:**

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)  
Torsten Wucherpfennig  
Civar Akad

### Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**15. Oktober, 19.00 Uhr**

Neues Rathaus, Raum 119  
Thema: Inklusion in der Stadt Göttingen

P.S.: Mit der Teilnahme unseres neuen Fraktionsvorsitzenden an dieser Sitzung kann also wohl der Kommunalpolitische Arbeitskreis als „reaktiviert“ gelten, was auch immer dies bei einem seit langer Zeit kontinuierlich tagenden Gremium heißen soll.

## ► Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

Nach der Mitgliederversammlung vom 11. August hat der SprecherInnenkreis der Göttinger Linke durch eine Presseerklärung der Ratsfraktion sowie durch die Presse selbst erfahren, dass Torsten Wucherpfennig die Nachfolge für Gerd Nier im Rat angetreten hat. Der SprecherInnenkreis nimmt dies zur Kenntnis, stellt jedoch fest, dass dies gegen das Votum der Mitgliederversammlung vom 11.8.2014 geschehen ist.

Des weiteren hat der SprecherInnenkreis auf seiner Sitzung am 9.9.2014 festgestellt, dass sich durch eine veränderte Spendenhöhe der Ratsmitglieder die Einnahmen der Göttinger Linke um rd. 1.440 Euro pro Jahr zurückgehen werden. Entsprechend dem Beschluss der o.g. Mitgliederversammlung wird der SprecherInnenkreis mit den anderen Nutzern des Roten Zentrums Verhandlungen aufnehmen, dass die Göttinger Linke ihre Mietzahlung um 100 € Monat zurücknehmen muss.

# DIE LINKE. Niedersachsen - [dielinke-nds.de/](http://dielinke-nds.de/)

Hans-Henning Adler (Außerparlamentarische Fraktion) vom 26.8.2014

## Niedersachsen braucht ein Investitionsprogramm für Bildung, Krankenhäuser und Wohnungen und warum DIE LINKE wieder in den Landtag kommt

(Quelle: [www.dielinke-nds.de/](http://www.dielinke-nds.de/))

Mit den Ergebnissen der Haushaltsklausur der Landesregierung im Sommer 2014 ist kein großer Wurf gelungen. Es gibt zwar in Teilbereichen kleinere Verbesserungen im Jahr 2015, u. a. bei den Zuschüssen für die Betreuungskräfte in den Kitas, auch mehr Stellen bei der Lebensmittelkontrolle, im Übrigen war das Ergebnis mager: Der Gesamtetat steigt von 27,7 auf nur 28, 4 Mrd. Das sind 2,5 %.

Nach wie vor müssen die Gymnasiallehrer eine unbezahlte Stunde mehr arbeiten. Es gibt keinen Ausgleich für die zugesagte und dann zurückgezogene Vorruhestandsregelung bei Lehrerinnen und Lehrer. Inklusion wird weiter als Billigmodell geführt. Gehälter im öffentlichen Dienst sollen nur um 2,5 % zum 1.6.15 und 2,0 % zum 1.6.16 erhöht werden, was mal gerade der Inflationsrate entsprechen wird.

Katastrophal sieht es bei den Krankenhäusern aus. Hier hält sich der Haushaltsansatz in der Größenordnung der Vorjahre. Den Krankenhäusern wird mit den Krankenhausinvestitionsprogrammen 2014 – 2016 mit insgesamt 360 Mio. Euro lediglich „Planungssicherheit“ geboten, auf die sie „flexibel“ reagieren sollen (Presseerklärung der Landesregierung vom 3.7.14). Die Landtagsfraktionen sprechen selbst von einem Investitionsstau von 1,5 Mrd. Euro. Die Realität schon heute ist: Lohndumping in den privatisierten Einrichtungen, zunehmende Arbeitsverdichtung für das Personal, Arbeitsplatzabbau im Bereich der Pflege, weniger Zuwendung für die Patienten. Krankenhausschließungen werden nicht ausgeschlossen.

Das neue soziale Problem der Ballungszentren, die fehlenden Wohnungen und

in dessen Folge die steigenden Mieten wird nicht mit einer Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus angegangen. Das wäre aber dringend notwendig. Es fehlt vor allem an bezahlbaren Wohnungen für die unteren Einkommensschichten. Hartz IV- Empfänger werden zunehmend unter Druck gesetzt. Der Hauptgeschäftsführer des DPWV Ulrich Schneider sieht die Mieten als entscheidende Ursache für zunehmende Armut in den großen Städten.

Bei alledem wird die Landesregierung auch 2015 nicht einmal ohne neue Schulden auskommen. 600 Mio. sollen neu aufgenommen werden. Die Hoffnungen der Landesregierung schrittweise mit Stufen von je 120 Mio. pro Jahr den Schuldenabbaupfad bis zum Jahr 2020 so angehen zu können, dass dann keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen, wird sich als Illusion erweisen. Dafür gibt es Gründe, die man nachlesen kann:

Die gegenwärtige Landesregierung rechnet mit weiter steigenden Steuereinnahmen auf Grund einer Fortschreibung des günstigen Konjunkturverlaufs der letzten Jahre. Die Fakten sprechen aber dagegen: DIE OECD rechnet für 2015 im Euro-Raum mit einem Wachstum von gerade mal einem Prozent. In Deutschland sank jetzt das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorquartal um 0,2 % und Ifo-Präsident Sinn meint: „Die deutsche Wirtschaft verliert weiter an Kraft“. Es ist wohl eher mit einer lang anhaltenden Stagnation zu rechnen (Bischoff in „Sozialismus“ 7/8 14 S. 13).

Die EZB reproduziert mit ihrer expansiven Geldpolitik nur die Scherenentwicklung von stagnierender Realökonomie und chronischer Überakkumulation. In allen

Euro-Ländern gibt es eine chronische Unterfinanzierung und damit einen Investitionsrückstau öffentlicher Infrastruktur. Mit Austerität kann man eben kein Wirtschaftswachstum stimulieren. Was bleibt, ist nur die immer größere Einkommens- und Vermögensspreizung, die nicht nur ungerecht ist sondern auch konjunkturpolitisch kontraproduktiv.

Geht man von den Bedürfnissen der anlagesuchenden Vermögenden aus, dann ist die logische Konsequenz der Überersparnis eigentlich staatliche Kreditaufnahme (Carl Christian von Weizsäcker in Zeitschrift des Vereins für Socialpolitik 2014 S. 24), die wird aber durch die „Schuldenbremse“, die eigentlich ein Kreditverbot ist, ausgeschlossen. Die Schuldenbremse erweist sich so als mit der eigenen Schaufel gegrabene Sackgasse. Der Gedanke hier mit staatlichen Steuern einzugreifen und die notwendigen Investitionen in den Bereichen Bildung, Krankenhäuser und öffentlich geförderte Wohnungen damit zu finanzieren, drängt sich also geradezu auf, ist z.Zt. aber politisch von den Regierenden nicht gewollt.

Man kann deshalb die Prognose wagen: Es wird noch eng werden mit dem Haushalt. Eine Abkehr von den neoliberalen Vorgaben der Austerität erfordert eine grundlegende Neubetrachtung der Einnahmeseite der Haushalte. Die Vorschläge dazu sind bekannt und waren von der Landtagsfraktion der LINKEN mehrfach ins Gespräch gebracht worden. Seit die SPD jedoch mit der CDU/CSU im Hurenbett der großen Koalition liegt, ist davon wenig zu hören, nicht mal eine Bundesratsinitiative für die Wiederbelebung der Vermögenssteuer kommt von der Landesregierung. Das Gleiche gilt für die Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und der Körperschaftsteuer oder die Einführung einer Großerbensteuer. Diese Themen müssen aber angegangen werden, wenn man eine andere Politik durchsetzen will. Ohne eine Umverteilung der riesigen Reichtümer in den Händen weniger in öffentliche Einnahmen wird man die anstehenden Probleme nicht lösen können.

DIE LINKE wird diese Themen bei den kommenden Wahlen setzen und hat dabei gute Aussichten. Aller Voraussicht nach wird die LINKE nach 4 Jahren gro-

(...) weiter auf Seite 12



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

### ► Gauck in Göttingen

**Anlässlich des Historikertages ließ sich auch Herr Gauck in Göttingen sehen. Kriegsgegner organisierten eine Gegenkundgebung hinter dem Bahnhof. Wir dokumentieren hier die Rede der VVN/BdA, die von Gerd Nier gehalten wurde.**

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Kameradinnen und Kameraden,  
Genossinnen und Genossen,*

„Deutschland muss wieder mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“ so die Worte des Bundespräsidenten Gauck vor einigen Monaten auf der wehrpolitischen Veranstaltung in München. Und wer nun meinte es käme der Hinweis auf die Verpflichtung zu friedenspolitischen Initiativen, nach dem Motto nie wieder Krieg von deutschem Boden aus oder mit deutscher Beteiligung, sah sich sträflich getäuscht. Unisono mit unserer sogenannten Verteidigungsministerin von der Leyen rief Gauck zu verstärkter militärischer Beteiligung Deutschlands in den Krisengebieten dieser Welt auf. Aktuell galt sein damaliger Aufruf der militärischen Unterstützung für den Kampf der sogenannten Freiheitskämpfer in Syrien gegen die Assad-Regierung. Zwischenzeitlich gilt dies wohl dann wieder eher für die stärkere Beteiligung deutscher Truppen gegen einen großen Teil der sich von Freiheitskämpfern nun zu Terroristen gewandelten barbarischen Kämpfer der ISIS. Und man denkt schon wieder mehr oder weniger offen über waffentechnische Unterstützung für Assad nach. Und es dauerte nach München nicht lange, da forderte unser Bundespräsident im Stil eines Generalmajors aber mit dem Habitus eines evangelischen Pastors dazu auf, in der Ukraine militärische Stärke zu zeigen und den Erzfeind Russland in die Schranken zu weisen. Dass Faschisten in der ukrainischen Regierung sitzen, dass Faschisten die Speerspitze der offiziellen ukrainischen Armee bilden, stört ihn bei seinem klaren Freund-Feind-Denken kein Deut. Putin heißt für ihn der Aggressor, Terroristen sind die Kämpfer für die Rechte der Ost-Ukrainer und die heterogenen Gruppierungen des Maidan von Menschen, die für mehr Demokratie eintraten bis hin

zu ausgewiesenen Faschisten, die die Kollaborateure des zweiten Weltkrieges mit den Nazis verherrlichen sind allesamt ohne jegliche Differenzierung für ihn Freiheitskämpfer. Und als weiteren Beleg seiner russophoben Weltsicht nun seine unsägliche Rede in Polen. Da betont er mit Recht die deutsche Schuld gegenüber den Verbrechen an Polen. Aber dann kein Wort zu den ungeheuerlichen Verbrechen an den Menschen der damaligen Sowjetunion. Selbst Heribert Prantl von der keineswegs linkslastigen Süddeutschen titelt: „Welcher Teufel ist bitte in diesen Pastor gefahren, dass er 30 Millionen sowjetische Kriegesopfer ausklammert bei dieser Rede.“

Polen war Aufmarschgebiet für den Überfall der Nazis auf die UdSSR. Nirgendwo hausten die Nazis grauenvoller nach dem Prinzip der verbrannten Erde, als in der Sowjetunion. Es galt „den jüdischen Bolschewismus zu vernichten“, so die menschenverachtende Parole der Nazis.

Und nun, im Wissen deutscher Kriegsverbrechen im ersten wie im zweiten Weltkrieg, ein Bundespräsident, der die Verantwortung unseres Volkes darin sieht, sich wieder stärker militärisch einzumischen. Der mit der gestiegenen Verantwortung Deutschlands in der Welt auch mit Waffengewalt gerecht werden will. Er will „Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen“, so seine Worte. Also nicht mehr nur am Hindukusch, sondern auch in der Ukraine, in Syrien und wer weiß wo noch in der Welt soll unsere Bundeswehr uns demnächst verteidigen. Oder sollte man nicht eindeutiger sagen, sie soll die Interessen einer Clique von Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern vertreten. Sie mögen dieser Gruppe von Menschen das Wort reden Herr Bundespräsident, uns und mich repräsentieren sie schon lange nicht mehr.

Nehmen sie sich den Rat von Konstantin Wecker zu Herzen, Herr Gauck; „Schnallen sie doch schon einmal den Tornister über und lassen sie sich die Stiefel polieren und sich von Frau von der Leyen mit den richtigen Feuerwaffen ausstatten. Sie wollen ja in den Krieg ziehen. Ich nicht“, so Wecker. Wir alle, die wir hier stehen wollen dies nicht. Wir alle verdrängen und vergessen nicht, welche Verbrechen im letzten Jahrhundert im deutschen Namen verübt wurden. Und wir fallen auch nicht auf die Versuche einiger Historiker herein, diese Schuld immer ein Stückchen mehr zu relativieren und vergleichend in eine Reihe anderer Kriegsverbrechen zu stellen. Der Holocaust mit seiner industriell durchorganisierten Massenvernichtung, die Versklavung von Abermillionen Menschen, die Ermordung politisch Andersdenkender, und als Untermenschen kategorisierter Menschen anderer Ethnien wie Sinti und Roma und vieler behinderter Menschen, die als lebensunwert bezeichnet wurden lassen sich nicht relativieren. Der Tod kam für viele Völker und Menschen Europas aus Deutschland und er hauste besonders barbarisch im Osten. Und wenn ich auch kein 100-prozentiger Pazifist und kein bibelfester Christ bin, so kenne und achte ich den alttestamentarischen Text des Propheten Micha, in dem es heißt, dass die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen, auf das sie hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Ihnen als Theologe dürfte diese allseits bekannte Bibelstelle doch auch geläufig sein, Herr Gauck. Sie beziehen sich doch dann gern auf dieses Bibelzitat, wenn sie von ihrer Rolle in der Friedensbewegung der DDR zu sprechen kommen. Gilt dies nur für damals oder waren das immer schon reine Lippenbekenntnisse?

In unserer Sprache, mit unseren Worten sagen wir: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Wehret den Anfängen. Verantwortung und Respekt gegenüber der Unversehrtheit, dem Leben, der Würde und der ethnischen Identität aller Menschen, dafür sollten sie ihr Amt nutzen und nicht mit dem missbräuchlichen Begriff der Verantwortung zu verantwortlosem Handeln aufrufen.

## ► Erfolgreiche Kreismitgliederversammlung

**Am 15. September fand endlich die bereits für Juli geplante Kreismitgliederversammlung zur Neuwahl eines KSR statt.**

In der von über sechzig Mitgliedern besuchten Versammlung wurden mit jeweils großen Mehrheiten die Weichen für eine personelle und organisatorische Neuaufstellung des Kreisverbandes gestellt. Zu neuen Sprecher\_innen des Kreisverbandes wurden die selbstständig tätige Barbara Kunis, die Studentin Sabrina Vache, der Sozialwissenschaftler Christoph Filler, der Universitätsprofessor Wolfgang Krumbein und der Ökonom Alexander Sohn gewählt. Die genannten Personen sind nicht in die Konflikte verwickelt und hoben in ihrer Vorstellung hervor, dass es jetzt darum gehen muss, wieder ein konstruktives Klima in den Kreisverband zu bringen, um zukunftsorientiert inhaltlich zu arbeiten.

Keines der bisherigen KSR-Mitglieder hatte erneut kandidiert, um einen wirklichen Neuanfang zu ermöglichen. Der

KSR will längstens bis Juni 2015 im Amt bleiben. Zu diesem Zeitpunkt wird die Fusion mit dem Kreisverband Osterode angestrebt, da beide Landkreise zur Kommunalwahl im Herbst 2016 fusionieren werden.

Ein Kassierer wurde nicht gewählt, die Kassenführung wird unter Weisungshoheit des Kreisverbandes vom Landesverband übernommen. Trotz aller Probleme wurde bisher die Kassenführung und Mitgliederverwaltung auch aus Sicht des Landesverbandes vorbildlich erledigt. Eine Entlastung konnte so problemlos erteilt werden.

Die der Wahl voraus gegangenen kontroversen, überwiegend sachlichen Debatte zeigte deutlich, dass eine deutliche Mehrheit der Beteiligten sich für die Zukunft, wieder einen solidarischen und fairen Umgang im Kreisverband wünscht. Nahezu einmütig wurde der neue KSR beauftragt, einen Beschlussvorschlag für einen sachlichen Umgang miteinander und neuen Kommunikationsstrukturen zu erarbeiten. Dieser soll dann in der

nächsten Mitgliederversammlung im Oktober vorgelegt werden. In einer ersten Stellungnahme des neugewählten KSR wurde betont, dass es um den Aufbau transparenter Strukturen und eine neue Diskussionskultur geht. Der „rote Salon“ soll als neue Veranstaltungsreihe auf den Weg gebracht werden. Da es nach den Wahlen bereits 23 Uhr war, konnten die noch vorliegenden Anträge nicht mehr behandelt werden.

Nach der Versammlung zeigten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zufrieden mit der Versammlung und ihren Verlauf. Die Zeichen stehen auf Neuanfang.

Die Einladung und die Versammlungsleitung wurden von Seiten des Landesverbandes wahrgenommen. Dabei geht ein ausdrücklicher Dank an die auswärtig Angereisten: den Bundestagsabgeordneten Herbert Behrens und das Landesvorstandsmitglied Michael Ohse (Goslar), die die Versammlung souverän und neutral geleitet haben sowie an die Northeimer Kreisvorsitzende Marianne König, die die Mandatsprüfung mitdurchgeführt und aus Northeim K.W. Depker, der die Leitung der Zählkommission übernommen hatte. *ef/cf*

### Veranstaltungsreihe Roter Salon:

## ► Fragend schreiten wir voran

„**Antikapitalismus**“ wird von vielen reklamiert, ohne inhaltlich auszuführen, was dies genau bedeutet. Der **Rote Salon** will für Verständigung sorgen und ein Diskussionsforum bieten, um gemeinsam einer Begriffsklärung näher zu kommen und Schritte in Richtung einer gemeinsamen emanzipatorischen Praxis entwickeln. Dafür wollen wir Vertreter\_innen unterschiedlicher Bewegungen und Strömungen einladen zu diskutieren, wie eine nicht-kapitalistische Gesellschaft aussehen kann und was die Zielsetzung den Kapitalismus zu überwinden für die politische Arbeit hier und heute bedeutet.

Wir gehen davon aus, dass in der Linken Einigkeit besteht bezüglich des abstrakten Ziels:

*„alle Verhältnisse zu überwinden, in denen der Mensch ein erniedrigtes,*

*ein geknechtetes (...) Wesen ist“ (MEW 1:385).*

Wir erkennen aber Dissens bezüglich der formulierten Bedingungen, die Befreiung ermöglichen sollen sowie der Strategie, diese Bedingungen durch zu setzen. Deshalb wollen wir unterschiedliche Ansätze und Konzepte diskutieren, wie das „Reich der Freiheit“ verwirklicht werden kann, in dem zumindest nach Marx die

*„menschlichen Kraftentwicklung, (...) als Selbstzweck gilt“ (MEW 25:828), die „universelle Entwicklung (...) die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen“ tatsächlich Realität werden kann (1953:75, 593, vgl. auch MEW 25:883) und Menschen „heute dies, morgen jenes tun, morgen jagen, nachmittags fischen, abends Viehzucht treiben, nach dem Essen kritisieren, wie [sie] gerade Lust haben“ (MEW 3:33).*

Zu den Bedingungen, die Emanzipation ermöglichen, gehört es das „**Reich der Notwendigkeit**“ in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft auf das Nötigste zu begrenzen und möglichst menschenfreundlich und nachhaltig zu organisieren: die Sphäre der materiellen Produktion, der demokratischen Willensbildung und Selbstverwaltung. Laut Marx wäre abstrakt das Ziel, dass

*„die assoziierten Produzenten ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell [regeln], unter ihrer gemeinschaftlichen Kontrolle (...), statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; [sie vollziehen] ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen“ (MEW 25:828, vgl. auch MEW 23:528).*

Aber was heißt das konkret? Dies wollen wir ab November einmal im Monat diskutieren. *pvb*

# ▶ Wohnungsnot in Göttingen

**Wohnungsnot ist Alltag in Göttingen. Im Jahre 2025 werden bis zu 2000 Wohnungen fehlen, wenn nicht massiv gegen gesteuert wird. Dieses Problem ist über einen längeren Zeitraum entstanden. In Deutschland ist der soziale Wohnungsbau immer weiter zurückgefahren worden. Mittlerweile gibt es in der Stadt Wien genauso viel sozialen Wohnungsbau wie in Deutschland.**

So ging die Zahl der Sozialwohnungen von 3,9 Mio. im Jahre 1987 auf 1,6 Mio. in 2010 zurück. Ende 2012 stellte das Hamburger Pestel-Institut fest, dass nur noch für 18% der berechtigten Haushalte Sozialwohnungen zur Verfügung stehen, in Göttingen sind die Zahlen ähnlich. Zu diesen Haushalten mit niedrigem Einkommen gehören Hartz-IV-Empfänger und Wohngeldbezieher. Ebenso erwerbsunfähige und ältere Menschen, die von der staatlichen Grundsicherung leben.

In Göttingen gibt es noch 2.300 Sozialwohnungen, 2023 werden dies, wenn nichts getan wird, noch 900 sein.

Die Zahl der berechtigten Haushalte beträgt ein Vielfaches. Einzelne Personen suchen mehr als ein Jahr nach einer bezahlbaren Wohnung.

Notwendig erscheint also eine massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, gerade in Göttingen. Dieses Problem scheint grundsätzlich erkannt, bekennt sich auch der gewählte Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) wie die Göttinger Linke zu einer Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Als Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsbau hatte Köhler bereits eine Ausweitung angekündigt, die jedoch mit wenigen hundert Wohnungen völlig unzureichend ist. Da die Baukosten zwischen 2007 und 2013 um fast die Hälfte angestiegen, ist ein Neubau von für Geringverdiener

bezahlbarer Wohnungen praktisch nicht mehr möglich.

Die finanziellen Mittel der unter dem Diktat eines Zukunftsverhinderungsvertrages stehenden Stadt Göttingen sind dabei ebenso begrenzt wie die ihres Eigenbetriebes Städtische Wohnungsbau.

Notwendig ist eine Unterstützung des Landes und vor allem auch des Bundes. Zur Bundestagswahl 2013 hatte DIE LINKE den Bau von 150.000 Sozialwohnungen jährlich gefordert.

Anders als der bald amtierende Oberbürgermeister Köhler scheint sein Parteifreund, der Landrat Bernhard Reuter das Problem nicht zu erkennen. Mit Hilfe eines fragwürdigen Gutachtens sind ausgerechnet in Göttingen im Frühjahr letzten Jahres die Angemessenheitsgrenzen der Mieten für Empfänger der Grundsicherung und von Wohngeld gesenkt worden. Zwar steht zu erwarten, dass dieses Gutachten aufgrund zahlreicher Klagen wie seine Vorgänger vom Sozialgericht kassiert wird, die Betroffenen bleiben aber vorerst auf ihren Kosten sitzen. Menschen, die vom Existenzminimum leben und in der Regel keine finanzielle Reserven werden zum Umzug aufgefordert ohne dass wirklich angemessener Wohnraum zu finden ist.

In diesem Monat beginnt das Wintersemester, also die Zeit des Jahres bei der mehr als 4.000 Studienanfänger eine preisgünstige Unterkunft benötigen.. Ein eigenständiger Bau von Studentenwohnungen ist aber kaum möglich, da die Kosten einfach zu hoch sind. Nach Eigenauskunft hält „das Studentenwerk ... rund 4.500 preiswerte Zimmer, Apartments und Wohnungen bereit.“ Die Zahl der Studierenden beträgt aber das Sechsfache. Die erfolgte Besetzung von leerstehenden Wohnheimen, wie bei-

spielsweise in der Geiststraße, erscheint daher logisch und konsequent.

## Aber es gibt doch in Göttingen auch Leerstand

Tatsächlich stehen immer mehr Geschäftsräume leer. Auf der Homepage des Göttinger Tageblattes findet sich eine Bildergalerie mit 39 leer stehenden Objekten, die allesamt innerhalb des Walles liegen. Hinzu kommen weitere leer stehende Gebäude, die sich auf die gesamte Stadt verteilen. Initiativen, die dazu auffordern Geschäftsräume in Wohnraum umzuwidmen, mögen in einzelnen Fällen sinnvoll sein, lösen aber das Gesamtproblem nicht.

Der Leerstand betrifft nicht nur Geschäftsräume, von denen viele noch theoretisch vermietet werden könnten. Viele Gebäude stehen aus Spekulationsgründen leer, andere sind zwar bewohnt, verfallen aber zusehends oder sind für Mieter eigentlich nicht mehr zumutbar. Dies betrifft nicht nur den Hagenweg 20, die Groner Landstr. 9 oder das Idu-nazentrum. Auch die Rosdorfer Häuser Hinter den Höfen 27 bis 31 oder die alten Wohngebiete der Neuen Heimat in Grone sind davon betroffen.

Ein positives Gegenbeispiel ist das Stadtviertel Holtenser Berg, in dem sich die Wohnungen fast ausschließlich im Besitz der Städtischen Wohnungsbau oder der Wohnungsgenossenschaften befinden.

Ein sozialer Wohnungsbau kann eigentlich nur als öffentliche Aufgabe funktionieren. Geld verdienen lässt sich entweder mit hohen Mieten oder durch das Unterlassen notwendiger Investitionen.. Benötigt wird aber preisgünstiger Wohnraum, der sich nicht mehr kostendeckend finanzieren lässt. **Wohnen ist aber ein Grundbedürfnis, gehört zur Daseinsvorsorge und damit in die kommunale Verantwortung.** ef

(...) Fortsetzung „Niedersachsen braucht ein Investitionsprogramm ...“ von Seite 9

Ber Koalition im Bund im Herbst 2017 ihre Positionen weiter ausbauen können. Die nächste Landtagswahl (wenn es nicht zu vorgezogenen Wahlen in der laufenden Legislaturperiode kommt) ist dann wenige Monate später im Januar 2018, wird sich also noch im Sog eines voraussichtlich guten Wahlergebnisses im Bund befinden. Bei diesen Ausgangs-

situationen können wir uns den Erfolg eines Wiedereinzuges in den Niedersächsischen Landtages eigentlich nur durch eigene Fehler, kleinliches Gezänk oder unversöhnliche Strömungskämpfe verbauen. Das sollten wir vermeiden. Wir sollten immer daran denken: Die Wählerinnen und Wähler sind nur bereit auf die LINKE zu setzen, wenn sie sich

als durchsetzungsfähige Kraft darstellen kann.

Nach dem wahlfreien Jahr 2015 kommen aber erst mal 2016 die Kommunalwahlen. Dort können wir erst mal unsere Ausgangspositionen ausbauen.